

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 26.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 28. Juni 1912.

Inserationspreis für die viersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengefühe und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

## Sie haben zu früh gejubelt!

Ein Nachbild.

Es war gut eingefädelt, was die Herren von „Sitz Berlin“ vorhaben. Diesmal sollte es ein Hauptschlag, ein Schlag der Vernichtung gegen die christlichen Gewerkschaften sein. Jetzt aber ist es im eigenen Verbands- und Fachabteilungsgebäude sitzt der Sturm. Es kracht im Ermland, im Saarrevier, im Siegerland und sogar in Berlin und im schlesischen Ausbreitungsgebiet. Immer weiter greift die Erkenntnis, daß mit dem „Berliner System“ in Deutschland keine opferfreudige und hoffnungsvolle Arbeiterbewegung möglich ist. Seit Jahren ist die innere Verfassung von „Sitz Berlin“: Stagnation und Rückgang in der Mitgliedschaft der Arbeitervereine, sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben der Kasseneinrichtungen, massenhafte Flucht aus den katholischen Fachabteilungen. Unter solchen Umständen mußte etwas außerordentliches geschehen gegen die vom Vorstand und Erbsitz begünstigten Gegner, die christlichen Gewerkschaften nämlich. Die haben das unmöglich erscheinende ausgehalten, einen zehn-jährigen Verdrängungs- und Verleumdungsstreik, geführt einerseits vom Verband „Sitz Berlin“, von den Sozialdemokraten andererseits. Keiner von beiden war bislang an seine Rechnung gekommen, weder „Sitz Berlin“ noch die Roten. Das Züngeln an der Waage der Beurteilung der christlichen Gewerkschaften an öffentlichen Stellen ging wohl zeitweise etwas unruhig hin und her, aber endlich trat doch Ruhe ein. Diejenigen, auf die „Sitz Berlin“ hoffte, die deutschen Bischöfe, sind fast ausnahmslos zur Erkenntnis gekommen, daß die katholischen Arbeiter Deutschlands mit dem „Berliner System“ in wirtschaftlicher Hinsicht zur Ohnmacht erkrankt und daher nicht zufriedenzustellen sind. Die Sache war in Deutschland entschieden. Das mußte „Sitz Berlin“, und das war der große Schmerz seiner Drahtzieher. Darum mußte ein roter Krumpf ausgespielt werden. Das Spiel begann.

Erst erschien ein neues Buch: „Unwahrheiten über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken“ hätte man es betiteln können. Eine anonyme Schrift, selbstverständlich, gezeichnet Payer. Das Buch wird in Italienische überfetzt und dem Papst überreicht. Als „Orientierung über die Lage der Dinge in Deutschland“. Das war der Anfang der Aktion. Es war im Herbst vorigen Jahres. Draußen meldeten sich bereits die schweren politischen Kämpfe an. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften hatten anderes zu tun, als den im Bayard zum so und so vielen Male zusammengetragenen und im vorliegenden Falle nur strupfer und insamer formulierten Verdrängungen nachzugehen, umal sie wußten, daß für „Sitz Berlin“ in Deutschland selbst nichts mehr zu holen war. Indessen schlichen seine Vertreter und Hintermänner über die Landesgrenzen direkt nach Rom. Und da stellten die Freunde all die Köpfe zusammen und kuschelten und muskelten und säbelten ein. Die Sache mußte diesmal klappen.

Pfarrer Weyer-Berlin-Dichterfeld, erster geistlicher Beisitzer im Verbandsvorstande „Sitz Berlin“, überbrachte am 20. Mai dem Papst namens seines Verbandes eine „Guldigungsadresse“. Wie war so abgefaßt, daß sich damit etwas machen ließ, wenn es gelang, eine bestimmte Antwort darauf zu erlangen. Dann war die Meinung der „Berliner“ Drahtzieher der Zweck der Werbung erreicht, die christlichen Gewerkschaften unten und „Sitz Berlin“ oben. Der Papst beantwortete diese Guldigungsadresse richtig mit der „Ansprache“. Heute wissen wir, daß die Freunde der „Berliner“ diese Ansprache selbst verfaßt haben. Auch bei der als abhängende Aktion nebenhergehenden Uebertragung verschiedenartig wählender Telegramme an die Pfingsttagungen der katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Ost- und Süddeutschland bzw. „Sitz Berlin“ haben die guten Freunde des „Berliner“ Verbandes ihre Hand im Spiele gehabt. So hatten die einzigartige „Belobigung“ für sich und „Rahmung“ und „Bewertung“ der anderen erwirkt. Der Spektakel konnte losgehen. Der Pfarrer Weyer gab auf dem Delegiertentag des Verbandes „Sitz Berlin“ mit großem Applaus und unter „erneut lebhaftem“, immer sich wiederholendem Beifall Kenntnis von der Antwort des Papstes auf die Guldigungsadresse. Generalsekretär Lic. Fournelle war so „tief ergriffen“, daß seine Kräfte wahrlich nicht imstande waren, all das zum Ausdruck zu bringen, was an Dank gegen den „Berliner“ lebte usw.

Die Sache erschien „Sitz Berlin“ absolut klar. Der Augenblick forderte zwar für sie in Deutschland gezielende Zurückhaltung, den Lärm hatten die ausländischen Freunde zu besorgen, die denn auch flugs aus der privaten Ansprache des Papstes an Pfarrer Weyer ein „Dekret vom 20. Mai“ machten. Die christlichen Gewerkschaften waren also „klipp und klar verurteilt“. Das wußten die „Berliner“ erreicht zu haben. Die sozialdemokratische Presse lugelte sich vor Freude. Sie hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die Christen ist damit das Todesurteil gefällt. . . Im Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht Verzerrung und Auflösung (Mlein. Jg. 123) so gelte es landauf landab. Wahre Organe an Ausbreitung der Phantasie wurden in den sozialdemokratischen Parteikonventionen gefeiert. Sie sahen hochwichtige christliche Gewerkschaften mit schlotternden Anteilen herumgeifern — hei! das war der Kirkes. Nur dauerte sie nicht lange.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften war weder Verwirrung noch Auflösung. Der Vorstand des Gesamtverbandes erließ eine Erklärung — eine Proklamation voller Würde und Entschlossenheit, und von der gesamten Öffentlichkeit als solche begrüßt. Mehrere größere Verbände folgten hinterher. Das ging Schlag auf Schlag. Die gesamte katholische Presse — nicht ein einziges Blatt wagte es, sich offen und unzweideutig zu „Sitz Berlin“ zu bekennen — stellte sich auf Seiten der verdächtigen und verleumdeten christlichen Gewerkschaften. Die katholischen Arbeitervereine, die zu ihnen hielten, machten ebenfalls mobil. Die geistlichen Leiter der großen Verbände nahmen in entscheidender Weise Stellung gegen das verleumdende Vorgehen des „Berliner“ Verbandes und schickten Protestresolutionen an ihre zuständigen Bischöfe. Es war vierzehn Tage lang eine einzige und einmütige Ablehnung des unqualifizierbaren Verleumdens und der sorglosen Wählereien der „Berliner“ in allen Variationen. Diese Tage, die als Siege- und Jubeltage über ihre Feinde gedacht waren, haben „Sitz Berlin“ sicherlich bittere Stunden gebracht. Hundertfach wurden den Machern dieses Verbandes die Injamen, deren sie sich seit Jahren gegen ihre Glaubensbrüder schuldig gemacht haben, ins Angesicht geschleudert. Dazu kam, daß ihnen die neu ergatterten Krämpfe Stück um Stück aus den Händen gerissen wurden.

Der Mitstreiter der römischen Nota, Dr. Heiner, gab zunächst unterm 6. Juni eine Erklärung ab, von der er versicherte, daß sie Wort für Wort den Intentionen des Papstes entspräche. Darin sagt er unter anderem, daß jene Ansprache des Papstes an den Ueberbringer der Guldigungsadresse (der Hauptkrumpf) keinen authentischen Charakter habe und deshalb durchaus nicht in Frage komme oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. Das war der erste Schmerz für „Sitz Berlin“. Die christlichen Gewerkschaften, hieß es sinngemäß weiter, wären nicht verurteilt; man habe nur sagen wollen, daß sie, „da sie als Organisation von den katholischen Grundsätzen und der kirchlichen Autorität absehen, eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden“. Die Presse beschäftigte sich lebhaft mit dieser Erklärung und gab einstimmig der Meinung Ausdruck, daß sie nicht genügen könne, um die durch die Machenschaften des Verbandes „Sitz Berlin“ in weiteste Kreise des katholischen Volksteils hineingetragene Unruhe zu beheben. Unterm 8. Juni erfolgte eine weitere ausführlichere Darstellung Dr. Heiners; „Erläuterungen und Richtigstellungen“ nannte er sie. Da hieß es: „Man hat beiden päpstlichen Kundgebungen eine zu große Tragweite und Bedeutung beigelegt oder einen Sinn unterlegt, den sie gar nicht haben“. Kernpunkt dieser Erklärung Heiners war: Der Papst wolle die christlichen Gewerkschaften nicht verurteilen, wie dies ausdrücklich im „Osservatore Romano“ vom 24. Januar 1906 erklärt worden ist. Jene Note, auf die sich Heiner hier bezieht, wies es befanntlich zurück, daß „einige sich auf die Autorität des Papstes“ beriefen, „als ob derselbe die Fachabteilungen gelobt und ermutigt hätte auf Kosten der christlichen Gewerkschaften“, und erklärte gleiches Wohlwollen, Lob und Ermutigungen für beide Organisationen. Auf diesem Standpunkte, so erklärte nun Heiner, ründe der apostolische Stuhl heute noch.

„Es ist keinerlei Veränderung in seiner bisherigen Stellung der Haltung zu den christlichen Gewerkschaften eingetreten“. Und noch einmal wird scharf herausgehoben, daß jene Ansprache, die Pfarrer Weyer als „Kundgebung des Papstes“ in die Welt hinausposaunt, gar keinen authentischen Charakter besitzt und deshalb durchaus nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. In anderen Worten, eine Aufforderung an „Sitz Berlin“, die geplante Agitation mit der „Ansprache“ einzufallen.

Diese Erklärung des Dr. Heiner hat der apostolische Nunzius in München, Frühwirth, nachträglich als den Auffassungen des Papstes entsprechend anerkannt, und als sich gleich hinterher die „Germania“ herausnahm, zu bezweifeln, daß auch der zweiten Erklärung des Mitstreiter Heiner Authentizität zukomme, ging der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Rom ein Telegramm zu, das auch dieser Finte der „Berliner“ den Boden entzog. Inzwischen nahm der Sturm in der Tagespresse seinen Fortgang, bis der Papst durch den Münchener Nunzius den Wunsch ausdrückte, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen sollten und den katholischen Arbeitervereinen Westdeutschlands durch eine in Süddeutschland zusammengetretene Bischofsversammlung mitgeteilt war, daß die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen sei. Nachträglich leitete die Süddeutsche Zeitung weiter mit, daß der Standpunkt, den die „soziale Kommission der preussischen Bischöfe“ . . . in einem Telegramm an die um die Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Führer“ angenommen habe, geeignet sei, „Beruhigung im katholischen Lager zu schaffen und das Vertrauen auf eine baldige zufriedenstellende Entscheidung zu verstärken. So steht die Sache zur Stunde.

Ein total anderer Ausgang wie ihn „Sitz Berlin“ vorausgesehen. Die Ansprache, der Hauptkrumpf ist endgültig und unzweifelhaft ausgeschaltet, das Telegramm an den Frankfurter Kongreß des Kartellverbandes in Tragweite und Wirkung eingeeignet. Was Wunder, wenn Ragenjammer an der Verbandzentrale „Sitz Berlin“ eingelehrt. Der „Arbeiter wimt be-

reits die verfolgte Anschuldigung, findet es „nur zu natürlich“, daß „Sitz Berlin“ „den Beifall der Welt nicht finden konnte“ und tröstet sich mit dem Bewußtsein, teilgenommen zu haben „an dem Kampfe der streitenden Kirche“, „an dem Kampfe für die Wahrheit und das Recht und für das Befehl Gottes“. Als „echte Christen“ müßten die Vertreter des Verbandes „auch an den Beschlüssen teilhaben“. „Sitz Berlin“ hat Grund zu elegischem Geklage, denn dieser neueste Streich hat seine Sache nicht nur nicht weiter gebracht, sondern sie ganz bedeutend verschlechtert. Das eigenmächtige, hinterlistige und unwahrhaftige Vorgehen hat die alten Gegner der Bestrebungen der Fachabteilungsleiter wachsam gemacht und neue Gegner haufenweise geschaffen. Heute revoltiert der anständige Mensch gemeinhin gegen derartige Praktiken, wie sie sich das System „Sitz Berlin“ immer wieder herausnimmt. Dieses letzte Streich, den die Berliner geführt, kann bewirken, daß es wirklich der letzte gewesen ist.

Noch ein paar Worte über das Verhalten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse. Wir haben bereits bemerkt, daß der Jubel über die angebliche „Verwirrung und Auflösung der christlichen Gewerkschaften“ nicht lange anhält. Statt dessen zog die Verwirrung in die Redaktionen der roten Blätter ein. Da gab's Tag um Tag längere Gesichter und ärgerlichere Stimmung. Es war zum Bersten. Die christlichen Gewerkschaften hielten fest, die gesamte öffentliche Meinung im katholischen Lager stand auf ihrer Seite. Schon unterm 5. Juni verzeichnete die rote Presse mit süß-saurer Miene einen Passus aus der „Kölnischen Korrespondenz“ (Richtung „Sitz Berlin“), in der es hieß, daß „eine offizielle Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht als bevorstehend zu betrachten“ sei. Dann kamen die Erklärungen Heiners und deuteten klar den Gang der Entwicklung an. Da kam Verwirrung und Ratlosigkeit über die roten Schmoß und es begann ein possierliches Gekloppe einmal so, einmal so, immer aber grenzenlos dumm und lächerlich. Erst hat es geheißen: Die „Christen“ sind tot, selbstverständlich. Aber sie lebten quieschöpergängig weiter, daß sah alle Welt. Dann fing die rote Presse an unsicher hin und her zu fackeln und heranzurufen und sich von den Brosamen zu nähern, die vom Tische fielen. Endlich kam das Lächerlichste heraus, was die Welt je gesehen: Die roten Blätter druckten Artikel unter der Ueberschrift „Sturm auf den Papst“. Darin redeten sie tief bekümmert von einer „großen Respektlosigkeit vor dem Papst als dem Oberhaupt der katholischen Kirche“, dessen sich die christlichen Gewerkschaften und ihre Freunde schuldig machten. Ein überwältigendes komisches Bild: Dieselbe sozialdemokratische Presse, die jahraus jahrein Religion, Kirche, Papsttum und Geißlichkeit mit Gift und Galle übersüßelt, wirft sich in die Brust, um den Papst in Schutz zu nehmen gegen die „christlichen Rebellen“ (die man kurz zuvor hochwichtig und schlotternd den Knies hingestellt). Letzt die „Bergarbeiterzeitung“ (Nr. 24) wie sie den Stiesberts heruntermacht, der „kein gehorsamer Katholik sein will, den Stegerwald, der der „elementarsten Kenntnis des Katechismus“ anhängt, „die einen Katholiken vor einer Verabsägung der kirchlichen Autorität bewahrt!“ Seht, wie ausgerechnet die ruppige „Bergarbeiterzeitung“ sich hinstellt und so man einrästet mit der „Germania“ ausruft: „Kein Mensch, der noch vom Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat, wird behaupten wollen, der Papst habe sich durch irrtümliche Informationen zu einer Kundgebung von so umfassender, weittragender Bedeutung drängen lassen“; wie sie grollt gegen die Köln-Glabbacher, die sich nicht unterwerfen wollen. Das ist ja alles so süß und so reichend, daß man sich darüber tollachen konnte. Dann der „Korrespondent“ (Nr. 8) für Deutschlands Buchdrucker, wie er sich ehrlich entrüstet über die „offene Auflehnung der Führer der christlichen Gewerkschaften, gegen den Willen ihres geistlichen Oberhirten“, um damit zu beweisen, daß „ihre religiöse Gewissung und ihre Achtung vor kirchlicher Autorität purer Schwindel“ waren. Hört es, ihr Katholiken, der „Korrespondent“ jagt, derselbe „Korrespondent“, der seine Weltanschauung als „modernes“ Blatt vom Berliner Tageblatt bezieht, und mit ihm sich allezeit hochmütig molliert über die dunkel mittelalterlichen, kirchlichen Einrichtungen, er schneidet die schönste Frage und verkündet es hoch und feierlich: „So viel heißt für jeden wirklichen Katholiken (wie etwa Billy Stahl!) der sein Christentum nicht nur in der Hosentasche trägt, bestehen, daß der Papst vom römisch-katholischen Standpunkt aus unbedingt im Recht ist.“ Oh, diese armseligen Brüder! Kein Pferd, nicht einmal ein Berlinerisches, fällt auf ihre edelhaft heuchlerische Gesinnung herein. Die Vernichtung ihres energischsten Gegners ist ihnen an der Nase vorbeigegangen. Die christlichen Gewerkschaften werden bleiben, selbst wenn sämtliche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer eine Wallfahrt nach Rom machen würden. Aber das eine sei den roten Blättern auch gesagt: Wenn sie uns nächsten wiederkommen und die bekannten Schwindeleien ausführen von der „Unselbständigkeit der christlichen Gewerkschaften“, „Abhängigkeit von der Kirche und Geißlichkeit“, von den „ultramontanen Gewerkschaften“, dann werden wir ihnen ihr Gefasel der letzten Tage um die Ohren schlagen, daß sie die Engel singen hören.

Kein Zweifel: Der Sturm ist abgeblasen. Diejenigen, die die christlichen Gewerkschaften zu be-







bedingungen" dem Verbands zugeführt werden, so ist daran zu erinnern, daß dann auch nur "weibliche", d. i. halbe Mitgliedschaften gezählt werden und das ist "zu wenig zum Leben und zuviel zum Sterben." Eine den verschiedenartigsten Lohn- und Arbeitsverhältnissen entsprechende Staffellung scheint zweckdienlicher.

Und deshalb soll hier ein Vorschlag, die Frucht reifer Erwägungen der Diskussion unterbreitet werden. Daß in solcher Vorschlag mit großer Vorsicht behandelt werden muß, wollen wir keinen Augenblick außer Acht lassen. Ist doch sehr schwer, alle Wirkungen, welche die Durchführung eines Vorschlages auszulösen in der Lage sein könnte, im Voraus zu übersehen. Aber deshalb darf doch wohl ein Vorschlag gemacht werden, deshalb bedarf er umso mehr eingehender Diskussion.

Der Vorschlag ist aufgebaut auf dem bisherigen Verhältnis von Beitragsleistung und Unterstützungen und sollen in Betracht kommen Beitragsklassen von 30, 40 und 50 Pfg. Die Einführung eines 60 Pfg. Beitrages auf dieser Grundlage würde die Unterstützungen so erheblich steigern, daß darüber noch erheblichere Bedenken vorhanden sind. Der Erörterung dieser Frage steht aber trotzdem nichts im Wege. Rechnen wir also mit Beiträgen von 30, 40 und 50 Pfg., also  $\frac{1}{3}$ ,  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{2}{3}$  des bisherigen Beitrages, und dem entsprechend sind dann auch die Unterstützungen abzumessen. Als Beispiele seien hier nur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung angeführt. Die übrigen Unterstützungen lassen sich leicht in derselben Weise feststellen.

Krankenunterstützung pro Woche nach

|         |          |          |          |          |          |          |          |
|---------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Beitrag | 52 Pfg.  | 104 Pfg. | 156 Pfg. | 208 Pfg. | 260 Pfg. | 312 Pfg. | 364 Pfg. |
| 30 Pfg. | 1,80 Mk. | 2,10 Mk. | 2,40 Mk. | 2,70 Mk. | 3,— Mk.  | 3,30 Mk. | 3,60 Mk. |
| 40 Pfg. | 2,40 Mk. | 2,80 Mk. | 3,20 Mk. | 3,60 Mk. | 4,— Mk.  | 4,40 Mk. | 4,80 Mk. |
| 50 Pfg. | 3,— Mk.  | 3,50 Mk. | 4,— Mk.  | 4,50 Mk. | 5,— Mk.  | 5,50 Mk. | 6,— Mk.  |

Arbeitslosenunterstützung pro Woche nach

|         |          |          |          |          |          |          |          |
|---------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Beitrag | 52 Pfg.  | 104 Pfg. | 156 Pfg. | 208 Pfg. | 260 Pfg. | 312 Pfg. | 364 Pfg. |
| 30 Pfg. | 3,60 Mk. | 4,20 Mk. | 4,80 Mk. | 5,40 Mk. | 6,00 Mk. | 6,60 Mk. | 7,20 Mk. |
| 40 Pfg. | 4,80 Mk. | 5,60 Mk. | 6,40 Mk. | 7,20 Mk. | 8,— Mk.  | 8,80 Mk. | 9,60 Mk. |
| 50 Pfg. | 6,— Mk.  | 7,— Mk.  | 8,— Mk.  | 9,— Mk.  | 10,— Mk. | 11,— Mk. | 12,— Mk. |

Also wie gesagt, müßten dann auch die übrigen Unterstützungen in der Weise abgestuft werden. Die Unterstützungen unter bleibt wie bisher, ebenso die Aufnahmegebühr.

Was nun die praktische Durchführbarkeit anbelangt, so ist Unverständliche Voraussetzung, daß von den jetzigen Mitgliedern und Zahlstellen nur mit ganz geringen, den allerwichtigsten Ausnahmen einen andern Beitrag wählen können als bisher; denn dadurch würden dem Verbands Einnahmen entzogen und das muß unter allen Umständen zu vermeiden sein. Wenn laut Bericht des letzten Verbandstages im Jahre 1910 nur acht Zahlstellen weniger als 50 Pfennig Beitrag zahlten und wenn man bedenkt, daß seitdem die Beiträge wesentlich erhöht wurden, auch infolge der bedeutenden Leistungen unseres Verbandes die Beitragspflichtigkeit gesteigert worden sein dürfte, so erscheint dies sehr wohl möglich. Die Staffelleistungen sollen in erster Linie von Arbeitern, welche infolge sehr ungünstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem Verbands fernblieben, eine Brücke bauen, auf der sie auf den Weg zur Erreichung besserer Verhältnisse und zu einem höheren Grad der Kenntnis gesellschaftlicher Bestrebungen geführt werden können.

Wenn auf die verwaltungs-technischen Schwierigkeiten, welche sich aus der Einführung der Staffelleistungen in den Zahlstellen ergeben, hingewiesen würde, so ist zu entgegnen, daß es unnötig erscheint, wenn nun alle Zahlstellen alle Beitragsklassen einführen müßten. Meines Erachtens würden sehr viele Zahlstellen mit einer Klasse auskommen und zwar mit der höchsten. Weiter aber wäre dann auch, wie verschiedene Anträge zum bevorstehenden Verbandstage dies fordern, männlichen Mitgliedern, die nicht den Tariflohn beanspruchen können, oder "ungelehrten Arbeitern, den niederen Lohnverhältnissen entsprechend" usw., die Möglichkeit gegeben, in den Verband eintreten zu können.

Es kann überhaupt nicht daran gedacht werden, jedem einzelnen Mitgliede die Wahl des Beitrages freizustellen. Es soll vielmehr von den Zahlstellen in der Generalversammlung beschloffen werden, welcher Beitrag zu zahlen ist und welche Klassen am Orte eingeführt werden. Eine häufige Änderung dieses Beschlusses wäre Unsinn, weil die Zahlstellen und die Mitglieder an stabilen Beitragsverhältnissen stark interessiert sind.

Für die Zahlstellentaxierer müßten tabellarische Zusammenfassungen angefertigt werden, aus denen die Höhe der Unterstützung in den verschiedenen Klassen pro Tag und pro Woche ersichtlich ist. Die Berechnungsformulare müßten entsprechend abgeändert werden. Wo Lokalzuschläge zu den Unterstützungen eingeführt sind oder eingeführt werden sollen, sind entweder der Lokalbeitrag und Unterstützungszuschläge festzusetzen, oder in der bezeichneten Weise abgestuft werden müssen.

Endlich wird die Regelung der Beitragsfrage in den Konkurrenzorganisationen auf unsere Entscheidung nicht ohne Einfluß bleiben können. Auf diese Frage hier näher einzugehen, würde zu weit führen.

Soweit der Vorschlag. Es soll nochmals betont werden, daß es wohl nicht leicht ist, die Wirkungen seiner Durchführung voll und ganz zu übersehen, insbesondere nicht in finanzieller Beziehung. Immerhin dürfte derselbe der Berücksichtigung und einer Diskussion wert sein. Und wenn dadurch die Frage der Beitragsleistung in unserem Verbands klarer geklärt würde, und wenn auch nur dieses der Erfolg des Vorschlages wäre, so wäre die Arbeit nicht vergebens gewesen.

G. S. S.

In der Nr. 23 schreibt der Kollege S. B. Hannover, daß er die Frage des Arbeitsnachweises für wichtig genug hält, daß jede Zahlstelle unser Verbandes, die mit dieser "sozialen Einrichtung" beglückt ist, einen besonderen Vertreter zum Verbandstages entsenden solle. Wenn dieses ja auch nun nicht so leicht geht, so halte ich doch die Frage des Arbeitsnachweises für derart wichtig, daß mit aller Schärfe der Verbandstag sagen muß, daß wir derartige Rinderstiche dort, wo wir etwas zu sagen haben, nicht mitmachen. Auch in Danzig glaubt der von Hannover importierte Genosse Unterhalt die Kollegen mit diesem Arbeitsnachweissystem beglücken zu müssen. Mit Recht hat ihm Kollege Schopohl erklärt, daß wir jeden derartigen Versuch in Danzig in Scherben schlagen würden, genau so wie dieses dem Genossen Süth gegenüber gesehen ist. Wir verzichten gern auf dieses Knebelungsinstitut. Eine Tarifregelung im Jahre 1913, die dieses System vorsehen würde, machen wir nicht mit. Es gibt aber auch noch eine andere Frage, die wichtig genug ist, auf dem Verbandstag behandelt zu werden. Dieses ist die Frage des Zentralschiedsgerichts. Hier heißt es ebenso, wie in der Arbeitsnachweisfrage klaren Licht gemacht. Hoffentlich beachten die Delegierten dieses und handeln sie demgemäß.

Kug. Schefke, Danzig.

Vom Pferdewagen bis zur Flugmaschine.

Das Verkehrsweisen ist für unser Wirtschaftsleben von allergrößter Bedeutung. Eine kleine Störung in diesem fast wichtigsten aller volkswirtschaftlichen Zweige kann ungeahnte Schwierigkeiten hervorrufen. Man braucht nur an eine Betriebsstörung der Straßenbahn in einer Großstadt zu denken, um an diesem Beispiel sich die Folgen auszumalen, die entstehen würden, wenn auf den Staatsbahnen durch irgend einen Umstand der Verkehr unterbunden, oder eingestellt werden müßte.

Ein großes, nach Millionen zählendes Heer von Arbeitern der verschiedensten Berufe ist mehr oder weniger vom Verkehr abhängig und hat ein lebhaftes Interesse an der weiteren Ausgestaltung desselben. Mag das Verkehrsweisen dem Luxus, der Bequemlichkeit oder der Beförderung von Waren und Industrieerzeugnissen dienen, überall sehen wir dessen Nutzen und unbedingte Notwendigkeit.

Nicht immer ist daselbe in der heutigen Vollkommenheit und Ausbreitung anzutreffen gewesen; Neuerungen und Erfindungen haben Ummwälzungen der mannigfachen Art gebracht. In früheren Zeiten, als der Grundsatz "Zeit ist Geld" noch nicht die Bedeutung hatte als in unserem hastenden und nervösen Zeitalter, da war man mit dem von Pferden gezogenen Wagen zufrieden und wenn unsere Vorfahren, welche gemächlich in der Postkutsche reisten, sich unsere heutigen Beförderungsmittel ansehen würden, glaubten sie ganz gewiß in ein Märchen aus "Tausend und einer Nacht" versetzt zu sein.

Die erste große Ummwälzung im Verkehrsweisen brachte ohne Zweifel die Dampfkraft. Als im Jahre 1825 der erste Zug in Deutschland von Nürnberg nach Fürth lief, glaubte man ganz sicher hier etwas Vollkommenes geschaffen zu haben und doch war es nur der Anfang zu einer immer größeren und vollkommener Ausgestaltung des Verkehrsweises, wie die Ausdehnung des heutigen Eisenbahnnetzes beweist. Aber trotzdem die Eisenbahnen heute eine solche Vollkommenheit, Ausdehnung und Betriebssicherheit genommen haben, hat der nie rastende Menschengeist nach immer neuen Mitteln gesucht, um weitere Verbesserungen einzuführen.

So brachte die Nuzbarmachung der Elektrizität für das Verkehrsweisen eine weitere Ummwälzung desselben. Hauptächlich für die Personenbeförderung in den Großstädten und nahe beieinander liegenden Industrieorten war die Einführung der elektrischen Bahnen von der größten Bedeutung. Durch häufigen Verkehr der einzelnen Wagen oder Züge und verhältnismäßig billiges Fahrgehalt, haben dieselben den Lokalverkehr in der Hauptsache an sich gerissen. Auch bei Einführung der elektrischen Bahnen allgemeines Staunen und es ist jedenfalls mehr als ein billiger Witz wie ein hiesiger Landbewohner beim erstmaligen Sehen der "Elektrischen" den mit Staunen vermischten Ausruf tat: "Hinten nichts und vorn nichts, am Dach oben die Deichsel und läuft da wie der Teufel." Jedemfalls haben auch die elektrischen Bahnen dem Verkehrsweisen einen bedeutenden Fortschritt gebracht und wenn dieselben nicht auf Schienen zu laufen brauchten, dann wäre damit wohl das Vollkommene geschaffen worden.

Ein Beförderungsmittel zu konstruieren, welches sich durch eigene Kraft fortbewegt, nicht an Schienen gebunden ist und an Schnelligkeit den anderen nicht nachsteht, ist immer ein beliebtes Problem der Erfinder gewesen. Bereits vor mehreren Jahrhunderten hat man sich damit befaßt. So hat im 17. Jahrhundert bereits ein Uhrmacher Stephan Faessler aus Altdorf sich einen dreiräderigen Wagen gebaut, worauf er sich selbst herum fahren konnte. Ein anderer, Johann Haußig mit Namen, baute einen Wagen, der im Innern ein verborgenes Räderwerk hatte; mit demselben konnte man die Straße bergauf und bergab fahren, in der Stunde 2000 Schritt. Dieser Wagen, an welchem noch verschiedene andere Sachen angebracht waren, zum Beispiel ein Drachenbild, welches Wasser auf die Volksmenge spritzte und Engelsfiguren, welche ihre Postamen erschallen ließen, erregte zur damaligen Zeit ungeheures Aufsehen. Er wurde im Jahre 1650 für 500 Reichstaler nach Schweden verkauft.

Man kann diese Versuche wohl als die Vorläufer der heutigen Automobile ansprechen. Das Automobil vereint heute fast alles wünschenswerte in sich: Betriebssicherheit, Schnelligkeit und Beweglichkeit. Die Erfindung des Automobils hat wiederum eine neue Ummwälzung und Verbesserung des Verkehrsweises gebracht und da dasselbe noch in der Entwicklung steht, sei etwas näher darauf eingegangen. Automobile waren erst möglich zu bauen als die Technik die sog. Explosionsmotoren erfand. Die ersten, die in Deutschland gefahren wurden, waren Benz-Wagen. Sie unterschieden sich fast in nichts von den sonst üblichen Rutschwagen mit Halberbedeckung:

nur hatten sie, da vorn die Deichsel fehlte, ein unvollständiges Aussehen. Der Motor, der bei den heutigen Automobilen vornliegt, war hinten am Kasten angebracht. Andrehkurbeln besaßen die Motoren noch nicht, um dieselben in Gang zu bringen, mußte das Schwungrad angeworfen werden. Im Jahre 1893 sind die ersten dieser Wagen geliefert worden. Doch ist bekannt, daß Benz bereits im Jahre 1886 einen solchen Wagen gebaut hatte. Karl Benz und Gottlieb Daimler können wohl als die Erfinder des neuzeitlichen Automobils angesehen werden. In England hatte das Benzin-Automobil bereits einen Vorläufer in den Dampfautomobilen. Jedoch wurde durch die Gesetzgebung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Fahrgeschwindigkeit so eingeschränkt, daß dieselben für die Personenbeförderung nicht mehr in Frage kamen. Heute hat das Automobil bald die ganze Welt erobert und einen großen Teil des Verkehrs an sich gerissen. Wo eine Eisenbahn wegen zu großer Kosten nicht gebaut werden kann z. B. in die bergigen Gegenden, da bringt das Automobil hin, wie die vielen Automobilisten beweisen. Fast alle Länder lassen es sich heute angelegen sein, den Automobilbau zu fördern; so sind es in Deutschland nicht weniger als rund 600 Kraftwagen und Züge, welche im Kriegs dem Staat zur Verfügung gestellt werden müssen und zu denen der Staat einen jährlichen Zuschuß zu den Unterhaltungskosten gibt. In technischer Beziehung ist das Automobil bereits zur Vollkommenheit ausgebaut, an Ausdehnung steht ihm aber wie fast keinem anderen Beförderungsmittel die ganze Welt offen.

Ein sehr wichtiger Zweig im Verkehrsweisen ist ohne Zweifel die Schifffahrt. Nicht nur was Frachtenbeförderung, sondern auch die Personenbeförderung anbelangt, Hunderttausende von Personen reisen alljährlich von Amerika und anderen Weltteilen nach Europa und haben so auch den Verkehr auf dem Festland belebt. An Luxus und Bequemlichkeit übertrifft der überseeische Schiffsverkehr wohl andere Verkehrswege. Der jüngste Zweig im Verkehrsweisen, die Luftschifffahrt, ist ohne Zweifel einer der interessantesten und zugleich der gefährlichsten, wie die vielen Todesfälle beweisen. Und doch wird auch hier der Menschengeist nicht eher ruhen, bis auch hier etwas "nähernd Vollkommenes" geschaffen wird. Man braucht nur die letzten Jahre zurückzudenken, um unmerkbar die Fortschritte im Flugwesen konstatieren zu können. Vor 15 Jahren da wurde der Erfinder des lenkbaren Luftschiffes, Graf Zeppelin noch als der "verrückte Graf" bezeichnet und heute dient seine Erfindung bereits zur Beförderung von Personen. Das Problem, nicht mehr willenlos den Luftströmungen preisgegeben zu sein, sondern denselben mit Erfolg Widerstand entgegenzusetzen zu können, ist jedenfalls gelöst. Noch erkranklicher tritt der Fortschritt bei Fahrzeugen, die schwerer als die Luft sind, dem Flugmaschinen zutage. Auch diese können heute außer dem Führer noch mehrere Passagiere mitnehmen. Auf der letzten Flugmaschinen-Ausstellung in Berlin, waren geschlossene Karosserien zu sehen, ähnlich den Simonsinen der Automobile. Hoffen wir, daß die Fortschritte im Luftverkehrsweisen nicht zur gegenseitigen Vernichtung der Völker dienen, wie es bald den Anschein hat, wenn man den gegenwärtigen Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft im Flugwesen beobachtet, sondern einen wirklich großen Kulturfortschritt darstellen, an welchem alle Völker und Gesellschaftsklassen gleichmäßigen Anteil haben.

Holzbearbeitungsmittel und Holzbearbeitungsweisen.

H.

Die Fräsmaschinen, obwohl zu den einfachsten Holzbearbeitungsmaschinen zählend, sind äußerst vielfältig verwendbar und kann man mit denselben bei mäßigen Dimensionen dieselben Arbeiten wie mit den Hobelmaschinen verrichten, gerade Flächen, Reihungen, Ruten und Federn herstellen; ihre Hauptbenutzung aber haben die Fräsmaschinen zur Bearbeitung geschweifeter und gekrümmter Formen, etwa zur Profilierung einer ovalen Nussplatte. Die Fräsmaschinen bestehen aus einer sich sehr rasch drehenden, gewöhnlich senkrecht, seltener wagerecht gelagerten Spindel, die mit ihrem oberem Ende über einen Tisch hervorragt und deren Ende das schneidende Werkzeug trägt. Letzteres ist entweder ein fester Stahlbohrer, in den die Schneide eingeseilt sind, oder ein gewöhnliches Hobelmesser. Manchmal hat es die Gestalt einer Raspel, am Umkreis gegliedert Scheibe. Die Form der Schneide ist gerade oder profiliert. Die Zuschneidung des Holzes geschieht mit der Hand oder mittelst Schlitzen. Weiter hat man Raspeln mit vertikalen Spindeln, die über den Tisch hinausragen, von oben herab das Holz bearbeiten und vornehmlich zum Anstrichen in Verwendung kommen.

Eine Abart der Fräsmaschinen sind die Kopier- und Façoniermaschinen, von denen solche, die das Modell oder körperlche Muster in gleicher Größe vervielfältigen, und solche, welche das Modell auch in ziemlich beliebigem Verkleinerung oder Vergrößerung kopieren oder nachgefaßten, konstruiert worden sind. Die weißgebaute und weißgebaute Kopiermaschinen sind von ersterer Art; bei der anderen Art wird die Vergrößerung oder Verkleinerung durch einen nach dem Prinzip des sogenannten Storchschnabels oder Pantographen (auf deutsch: Maßzeichner) gebauten Reduktionsrahmen vermittelt. Alle Kopiermaschinen bezwecken also, nach einem Modell von beliebiger Form körperlche Nachbildungen (in Holz zc.) in größerer Anzahl herzustellen. Wenn hierbei als arbeitendes Schneidwerkzeug ein feststehendes Messer dient, so nennt man die Kopiermaschine eine Kopierfräsmaschine; ist das schneidende Werkzeug aber ein rotierendes Fräskopf, so spricht man von einer Kopierfräsmaschine. Beide beruhen auf demselben Prinzip, daß Arbeitsstück und Modell sich in gleichförmiger Geschwindigkeit drehen; der Fräskopf aber auf deren mehrere sich oder sitzen auf einem beweglichen Rahmen, der durch einen Schiffs, der auf dem Modell gleitet, hin und her bewegt wird und abbewegt wird und in seinen Schwingungen das Entlangens stets der Gestalt des Modells folgt. In dem Modell der Kopierfräsmaschinen, weil sie eine rascher Bewegung erfahren und reiner, kein oder nicht viel Nachspitzen erfordern, Arbeit leisten, bevorzugt. Außer in der Holzbearbeitung finden die Kopiermaschinen Hauptanwendung zur Herstellung von Werkstücken für Möbel aus gebogenem Holz, welches in der















in sofort Forderungen an die Firma gestellt, so die Aufhebung sämtlicher Stücklöhne für die Heimarbeiter um 10% und Abschaffung des Material-Kaufzwanges. In der ganzen Dichtensfelder Gegend ist dieses bereits abgeschafft, nur der Arbeitgeber des Hirschaid-Trailsdorfer Korbmachergebietes hat sich noch daran fest. Ohne Befestigung des Material-Kaufzwanges ist an eine erhebliche Besserung der Lage der heimarbeitenden Korbmacher nicht zu denken. Von den Kollegen wird deshalb das letztere hauptsächlich in den Vordergrund des Kampfes geschoben. Der Herr Bock und seine getreuen Helfer versuchen nun auf alle mögliche Art und Weise Körbe zu bekommen, dürfen damit aber wenig Erfolg haben, da die Kollegen des ganzen Bezirks stramm organisiert sind, und Bock als derjenige bekannt ist, der die Preise für die Körbe am meisten gedrückt hat. Es werden hauptsächlich Wäsch-, Reise- und Postkörbe gemacht. Der Verdienst der Kollegen beträgt bei 11 bis 12 stündiger täglicher Arbeitszeit ungefähr 8—13 Mark die Woche. Die Aussichten des Kampfes sind für die Kollegen gut.

**Vertragsabschluss in Dülken.** Endlich nach langem Ringen kann von einem Tarifvertrag im Dülkener Schreinergerwerbe geredet werden. Erreicht wurde die sofortige Einführung der 58 stündigen Arbeitszeit. In den beiden ersten Gesellenjahren unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung. Für solche, welche bereits zwei Jahre als Geselle tätig sind beträgt der Lohn ab 10. Juni 1912 40 Pfg.; für die, welche Jahre drei Jahre tätig sind 42 Pfg. Der Lohn erhöht sich am 1. April 1913 auf 42 resp. 44 Pfg.; am 1. April 1914 auf 44 resp. 46 Pfg. Es sei noch festgestellt daß es sich hier um sofortige Erhöhungen von 4, 5, 7 sogar 12 Pfg. pro Stunde handelt. Alle übrigen Gesellen erhalten vom 10. Juni eine Lohnzulage von 1 Pfg., am 1. August 1912 eine solche von 2 Pfg.; am 1. April 1913 2 Pfg.; am 1. April 1914 2 Pfg. Der Ablaufstermin ist der 1. April 1915. Als Zuschlag für Ueberstunden werden 10 Pfg. bezahlt und für Nacht und Sonntagsarbeit 50%. Bei Uffordarbeit wird der Stundenlohn garantiert. Die Kündigung ist eine achtstägige und die Löhmung hat wöchentlich zu erfolgen. Zur Schlichtung etwa entstehender Differenzen ist eine Kommission bestimmt, bestehend aus drei Meistern und drei Gesellen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt wurden, so muß dieses Resultat doch einstweilen befriedigen. An den Kollegen liegt es nun für die Durchführung des Vertrages zu sorgen. Vor allen Dingen aber muß unsere Organisation gestärkt werden. Ganz besonders wäre zu wünschen, daß der Rest der in den Fabriken beschäftigten Holzarbeiter sich eines besseren belehren ließe, damit auch dort mit den schlechten Löhnen ausgeräumt werden kann. Die so viel besprochene Heimarbeit würde dann schon von selbst verschwinden.

**Erlebte Differenzen in Würzburg.** Ernliche Differenzen machten im Sägerei N. Bökler eine einhalbtägige Arbeitseinstellung notwendig. Es scheint, daß man sich in Würzburg sehr schlecht mit dem Gedanken der Organisation vertraut machen kann. Allenfalls ist man endlich soweit gekommen, daß auch von Seiten der Arbeitgeber die Bedeutung der Arbeiterorganisationen erkannt und gewürdigt wird. Nur in vereinzelten Fällen sucht man denselben mit Schwierigkeiten zu begegnen. So auch hier. Durch abfällige Bemerkungen, ja durch direktes Verbot im Einzelnen sucht man dem Arbeiter die Lust an der Organisation zu nehmen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß es bei denkenden Arbeitern nicht möglich ist, durch solche Kleinigkeiten, meist lächerlichen Maßnahmen, den Organisationsgedanken zu ersticken. Ja, eher wird das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt wird. Die Arbeiter halten um so fester zusammen, sehen umso mehr den Wert der Organisation ein und lassen sich durch nichts in ihrer Ueberzeugung wankelmütig machen. Für den Arbeitgeber allein dürfte der größte Schaden entstehen. Die Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit wird gelähmt, der Arbeiter empfindet es mit Recht als eine große Ungerechtigkeit, wenn man ihm das Koalitionsrecht verweigern will. Und so ist es erklärlich, wenn die Arbeiter sich gegen solche Schikanen auflehnen. Wenn nun, wie in diesem Falle, den Arbeitern gesagt wird, sie müßten wegen Arbeitsmangel aussetzen, so liegt die Gefahr nahe, daß auch dies als eine Maßnahme gegen die Organisation angenommen wird. Daher die Arbeitseinstellung. Durch Verhandlungen des Vertreters unseres Verbandes mit der Firma kam dann eine schriftliche Vereinbarung zustande, durch welche die Organisation anerkannt und erklärt wird, daß wegen der Zugehörigkeit zu unserem Verbands keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Es ist nun anzunehmen, daß wieder geordnete Verhältnisse in den Betrieb eintreten. Und je mehr man die Arbeiter in Ruhe läßt, um so eher wird dies eintreten. Dabei möchten wir an die Adresse des Herrn Joseph Hofmeier eine ernste Mahnung richten, gegenüber den organisierten Arbeitern sich keine Stellungnahme und kein Verhalten wohl zu überlegen. Es könnte sonst der Fall sein, daß wir an dieser Stelle einmal ein sehr ernstes Wort mit ihm reden würden. Wegen einer diesbezüglichen Angelegenheit schweben zur Zeit noch Verhandlungen und ist nicht ausgeschlossen, daß wir uns alsbald schon mit ihm beschäftigen müssen. Die Arbeiter aber müssen aus all den Vorgängen die Lehre ziehen, nun erst recht zusammenzuhalten in der Organisation. Den Anfeindungen muß ein ruhiges, aber energisches Auftreten entgegengesetzt werden. Wie allenthalben in Deutschland, so wird auch hier die Situation überwunden werden müssen, bis auch hier wie überall die Organisation die Stellung sich errungen hat, welche ihr gebührt.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Fürth.** Am Samstag den 16. Juni, dem Gründungstag der Fürthener Zahlstelle hatten sich unsere Mitglieder mit Familienangehörigen, sowie einer Anzahl Kollegen aus den Bruderverbänden zur Feier des zehnjährigen Stiftungsfestes eingefunden. Als Redner war Kollege B o r n s t e i n b e r g erschienen. In

begeisterten Worten verband er es, die idealen Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu schildern. Sein Appell an die Frauen, hat gewiß viele Frauen angeregt, in Zukunft mehr Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung zu haben. Kollege Seeberger legte den Anwesenden die Gründung und die Entwicklung der Zahlstelle dar. Von den Gründern gehören heute noch 7 Kollegen der Zahlstelle an: Neuberger, Hägel, Lennart, Forster, Bretting, Bergmeier und Reichart. Bei der Gründung wurde Kollege Reichart als Vorstand, Kollege Bergmeier als Kassierer gewählt, welche Posten beide über drei Jahre gewissenhaft besorgten. Durch Tod hat die Zahlstelle zwei Kolleginnen verloren: Kuni Florj und Barbara Seeberger. Als Beitrag wurde 15 Pfg. angesetzt. Schon am 1. Juli 1902 wurden 20 Pfg. bezahlt. So ging es weiter auf 25—35—40—50—70 Pfg., bis im Januar 1910 aus Anlaß der großen Bewegung in der Holzindustrie beschloffen wurde, 80 Pfg. Beitrag zu bezahlen. An kleinen Bewegungen war unsere Zahlstelle des öfteren beteiligt. Das Jahr 1905 brachte den großen Holzarbeiterstreik, der 9 Wochen währte. Bei diesem Kampfe waren wir zum erstenmale allgemein beteiligt. Das Jahr 1911 brachte nach fünfwöchentlichem Streik einen Tarif für das Fürthener Schreinergerwerbe, an dessen Abschluß auch unser Verband beteiligt ist. Das Streben, unsere Mitglieder zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranzubilden, hat gezeitigt, daß heute auch der Gegner mit uns rechnet. Auch in Zukunft die Einigkeit gewahrt, alles Persönliche in den Hintergrund gestellt, den Blick nach vorwärts gerichtet, jeder Einzelne an der Stärkung der Zahlstelle mitgeschafft durch Gewinnung neuer Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig besucht, dann wird auch Fürth sein und bleiben eine auf der Höhe der Zeit stehende Ortsgruppe unseres Verbandes.

**Schramberg.** Wenn die Zahlstelle Schramberg heute wiederum die Spalten des Organs in Anspruch nimmt, so ist es der soeben getätigte Vertragsabschluss mit dem Inhaber der hiesigen Möbelfabrik. In kurzen Strichen soll hier eine Schilderung der Einzelheiten von der Kündigung bis zum letztlichen Abschlusse des Vertrags gegeben werden. Schon längere Zeit waren unsere Kollegen der Ansicht, daß der bestehende Vertrag erhebliche Mängel aufwies. Diese Ansicht wurde auch von den „Genossen“ geteilt und so kam es, daß in einer im März d. J. stattgefundenen Betriebsversammlung der Vertrag einstimmig gekündigt und sofort die nötigen Vorbereitungen zur Ausgestaltung und Schaffung des neuen Vertrages unternommen wurden. In drei Kommissionsitzungen wurde unter Anwesenheit beider Bezirksleiter und des Zahlstellenverwalters der neue Vertrag ausgearbeitet und einer Betriebsversammlung zur Begutachtung, bzw. Annahme vorgelegt. Mit unwesentlichen Änderungen wurden die Forderungen von der Kollegenschaft angenommen und dem Unternehmer unterbreitet. Am Mittwoch den 12. d. M. traten nur die Verhandlungssteuerner mit dem Unternehmer zusammen und wurden unsere Forderungen zum größten Teil bewilligt. In einer am gleichen Tage stattgefundenen Betriebsversammlung fand der neue Vertrag rückhaltlos Annahme. Damit wären wir hier am Plage in der Möbelfabrik einen guten Schritt vorwärts gekommen. Wir können aber diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne auf einen besonders wichtigen Punkt hinzuweisen. Dem Unternehmer wurden den Organisationsvertretern die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der hiesigen Uhrenindustrie während der Verhandlungen wohl ein duzendmal um die Ohren geschlagen. Auf der einen Seite infolge starrer Organisation auf Jahre hinaus bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, auf der anderen Seite beständig Abzüge, Maßregelungen und dergleichen und das nicht nur am Plage selbst, nein, in verstärktem Maße auf dem übrigen, besonders badischen Schwarzwalde. Und da ist uns wohl die Frage erlaubt: Wie lange will die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes, speziell die christliche hier am Plage, mit verächtlichen Armen müßig zusehen, wie einzelne operbereite Kollegen Jahre, ja Jahrzehnte lang ihre ganze Kraft erfolglos einsetzen, um auch dem Arbeiter auf dem Schwarzwalde bessere Tage zu schaffen. Unfähigkeit, Egoismus, Mißgunst und ähnliche Eigenschaften der großen Mehrheit der Arbeiter, verhindern in der Uhrenindustrie jeglichen Fortschritt. Unseres Erachtens wäre es die höchste Zeit, daß sich alles, was sich heute auf dem Schwarzwalde christlicher Arbeiter nennt, aufrafft und sich rückhaltlos, Mann für Mann, der christlichen Organisation anschließt. Möge dieser Ruf nicht ungehört verhallen und mögen ihn bald die Taten folgen.

**Wesel.** Am Sonntag den 16. Juni hielten wir eine vollständig besuchte Versammlung ab. In derselben hielt Herr Postassistent Clausen einen Vortrag über die gewerkschaftliche Bewegung. Einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Volkswirtschaft gebend, legte er eingehend die Gründe dar, die zur Entstehung der Gewerkschaftsbewegung führten. Dann würdigte er das Besondere, auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigende Vorgehen der christlichen Gewerkschaften, das wohlwollende absehe von dem radikalen Vorgehen der freien Gewerkschaften, hieraus den Schluß ziehend, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung notwendig und daß es wünschenswert sei, daß alle diejenigen, die der christlichen Bewegung heute noch ablehnend gegenüberstehen, ihren Standpunkt in ihrem ureigensten Interesse ändern möchten. Die weiteren Ausführungen galten dem Streit zwischen dem Berliner Verbands und den christlichen Gewerkschaften. An Hand von Ausführungen bekannter Theologen (Prof. Dr. Rausbach, Prof. Wiederlax S. J.) legte der Vortragende dar, daß der Standpunkt, den die christliche Bewegung einnimmt, auch mit katholischen Grundgedanken durchaus vereinbar sei. Zu dem neuesten Zwischenfall übergehend, erklärte der Referent in Uebereinstimmung mit der Tagespresse es für notwendig, daß 1. das ungerechtfertigte und geradezu struppellose Vorgehen des Berliner Verbandes von leitender kirchlicher Stelle zurückgemittelt werde und daß 2. Rateten geschaffen würden, die ein derartiges Vorgehen für alle Zukunft unmöglich machten. Nur dann könne Ruhe und Vertrauen in die Arbeitermassen wieder eintreten, wenn die genannten Bedingungen erfüllt würden, damit die christliche Bewegung auch in allen Kreisen sich überall des Vertrauens erfreue, das sie im Hinblick auf ihre bedeutsame Tätigkeit verdient. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten und gab der Vorsitzende der Erörterung Ausdruck, daß derselbe uns auch später wieder einmal mit einem Vortrage beehren würde. Nachdem dann noch der Vorsitzende über den Stand der Lohnbewegung berichtet hatte, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

**Ratierlautern.** In unserer letzten Versammlung, die von den Kollegen nahezu vollständig besucht war, sprach Kollege G e d r a n k t u r t über die Entwicklung der Industrie in Deutschland. Sein lehrreicher Vortrag fand lebhafteste Zustimmung. Auch der Vortrag des Kollegen M e y e r - R o t l a u t e r n über die Notwendigkeit der Berufsorganisationen, fand lebhaftesten Beifall. In der Diskussion die sehr interessant war, wurde Klage geführt über Lohnabzüge auf den Hönede-Werke (Werk I). Es wurde da in letzter Zeit ein Mann zum Meister gemacht, der anscheinend kein höheres Ziel kennt, als die Arbeiter zu reduzieren.

**Gewerkschaftliches.**

**VII. Kongreß der christl. Gewerkschaften.**

Der Ausschuß des Gesamtverbandes beruft in der neuesten Nummer den VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften für den 6. Oktober d. J. und die folgenden Tage nach Dresden ein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften, a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart; b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.
3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaften.
5. Das Arbeitsrecht.
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge.
7. Das Schieds- und Einigungswesen.
8. Die Wohnungsfrage.
9. Erlebigung von Anträgen.

Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Ortskartellen der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge sind bis spätestens 8. September bei dem Generalsekretariat einzureichen.

**Heraus aus der Großstadt!** Dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande wird's bald angst und bange um seinen Wasserlopf. Die Zahlstelle Berlin mit ihren 30 000 Mitgliedern macht ihm sehr viel zu schaffen. Endlose Pladereien wegen der Arbeitsnachweisfrage, andauernde starke Arbeitslosigkeit, hohe Arbeitslosenunterstützungssummen, das sind grade nicht die angenehmsten Dinge für eine Organisation. So allmählich wird man's doch leid. Und abzuhelfen ist dem Uebel nicht so leicht mehr. Da muß schon ein sehr starkes Mittel in Anwendung gelangen. Man glaubt dieses Mittel gefunden zu haben, in einer starken Abwanderung der Holzarbeiter aus Berlin. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ gibt zwar die Lösung aus: „Heraus aus der Großstadt.“ Das tut man so, um den „werten Berliner Kollegen“ nicht nahe zu treten. „Heraus aus Berlin“ soll's richtig heißen.

Dem Rufe kann man nur beistimmen. Soll die Arbeitslosigkeit herabgemindert werden, ist eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte über das ganze Land, Voraussetzung dafür. Gerade Berlin bietet ein Musterbeispiel dafür, wieviel Arbeitskraft für die nationale Produktion, in der Großstadt brach liegt. Niemand wird behaupten wollen, daß das Jahr 1912 bisher sich als ein sehr schlechtes Wirtschaftsjahr zeigte. Trotzdem hat die Zahl der auf dem paritätischen Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie eingetragenen Holzarbeiter noch nicht unter 2507 betragen. In den ersten zwanzig Wochen dieses Jahres meldeten sich nicht weniger wie 57 921 Arbeitsuchende, denen nur ein Angebot von 15 847 offenen Stellen gegenüberstand. Nur 13 434 Stellen wurden besetzt. Im Durchschnitt muß jeder arbeitslose Holzarbeiter ca. 4 1/2 Wochen warten, bis er wieder in Arbeit kommt. Zweifelsohne würde durch eine Abwanderung der jüngeren Leute eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit erzielt werden. Ob indes die in Berlin aufgewachsenen oder mit den Verhältnissen verwachsenen Holzarbeiter große Lust verspüren, abzuwandern, das ist wohl kaum anzunehmen.

Das Elend der Arbeitslosigkeit im Berliner Holzgewerbe ist ja auch keineswegs auf die starke Zuwanderung nach Berlin zurückzuführen. Es hat seine anderen Gründe. Der Hauptgrund liegt darin, daß das Berliner Milieu nicht Menschen schafft mit starkem persönlichen Empfinden und Wahrnehmung der Bedürfnisse einer Zeit, die die Individualität wieder mehr zur Geltung kommen läßt. Berlin ist der Ort der fetten Arbeit für Massenware. Gewiß konnten auch Arbeiter von dort, die den Stempel der Individualität tragen. Das sind aber nur Ausnahmen, die die Regel bestreiten. In Berlin herrscht der Massenritt, die Massenphysik. Die radikale Sozialdemokratie und ein nur auf das Materielle gerichtete bürgerlicher Liberalismus, haben es soweit gebracht, daß die „Durchgeistigung der deutschen Arbeit“ die größten Hemmnisse gerade in der Reichshauptstadt findet. Es ist nun einmal so, daß Berlin im neuzeitlichen Kunstgewerbe nicht so recht miltkommt. Die aus dem Stillstand resp. Rückgang des Gewerbes geborene starke Arbeitslosigkeit in Berlin, wird selbstverständlich nicht behoben werden können, durch den bestehenden paritätisch-obligatorischen Arbeitsnachweis. Dieses Angstprodukt (die Arbeitgeber stimmten ihm zu um nur ja Frieden mit dem sozialdemokratischen Verbands zu haben, und letzterer, um die Radikalität besser an der Hand zu halten zu können) kann dem Gewerbe nicht von Vorteil sondern nur von Nachteil sein. Die an die Tischlerei gestellten Anforderungen steigen qualitativ sehr stark und nur dort wird das Gewerbe den Ansprüchen nach „durchgeistigten Arbeiten“ gerecht werden können, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstehen. Der Klassenkampf, der das Berliner Holzgewerbe auf die Bahn des Niedergangs geführt hat, wird es nimmermehr auf die Bahn des Aufstiegs bringen. Hier liegt der Angelpunkt der ganzen Misere.

**Ein angelegener Gewerkschaftsbeamter.** Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hat sich veranlaßt gesehen, den Bezirksleiter Pfeffer-Dreslau seines Postens zu entheben und ihn bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Pfeffer ist in Haft genommen worden. Er hatte Quittungen gefälscht und sich durch allerlei Schiedungen in den Besitz größerer Geldmittel gesetzt. „Sitz Berlin“ bemühte sich bereits, den Fall recht kräftig auszufragen. Das wird an der Kreuze der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu ihrer Organisation nichts ändern. Der Fall Pfeffer gehört eben zu jenen traurigen Einzelschicksalen, die allenthalben, wo nur Menschen sind, vorkommen. Ein Unwürdiger kann das Vertrauen zu einer großen Sache aber nicht erschüttern.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften haben im Jahre 1911 keine großen Eroberungen gemacht. Ihr Verband ist von 12257 auf 10773 Mitglieder zurückgegangen. Der Rückgang ist zurückzuführen auf den Austritt des Vereines der Deutschen Kunsttischler 18635 Mitgliedern aus dem Hirsch-Dunkerschen Gesamtverbande.



Verpflichtet man dieses, so haben die noch angegeschlossenen Gewerkschaften einen Mitgliedererwerb von 8757 zu buchen. Ganz genau sind die Zahlen indes nicht anzugeben, da der angeschlossene Bäckerbergische Eisenbahnerverband die runde Zahl von 8000 angibt. Auch manche hiesigen kleineren Verbände erscheinen abgemindert. Dabei fehlen dann noch von 8 Gewerkschaften jegliche Angaben über die Kassengebarung. Unter diesen Verbänden befindet sich auch der rabaulustige Gewerkschaft der Bergarbeiter H.D., der jedenfalls durch seine Schuldenlast das in die Erstseinerung tretende Vermögen der H.-D. Gesamtbewegung nicht herabmindern wollte. Sehr wachsig ist die Hirsch-Duncker'sche Position auch unter den Brauereien, die mit 2299 Mitgliedern aufgeführt sind. Im Westen Deutschlands ist man der Hirsch-Duncker'schen Bewegung besonders überdrüssig, da die Mitglieder zur Tilgung der Schuldenlast der „Westdeutschen Post“ (ca. 7500 Mk.) einen Extrabeitrag von 1.— Mk. leisten sollen. Ueber die Entwicklung der H.-D. Gewerkschaften im Jahre 1911 folgende Uebersicht:

|                  | Mitgliederzahl |        | + oder - | Kassenbestand Mk. |            |
|------------------|----------------|--------|----------|-------------------|------------|
|                  | 1910           | 1911   |          | 1910              | 1911       |
| Metallarbeiter   | 40533          | 43710  | + 3177   | 794823,38         | 823288,12  |
| Galvanisierer    | 17033          | 18218  | + 1185   | 319134,99         | 341304,25  |
| Holzarbeiter     | 5638           | 5394   | - 244    | 101666,69         | 106041,89  |
| Leinwandarbeiter | 6971           | 6105   | - 866    | 46243,80          | 53182,68   |
| Bedarbeiter      | 5148           | 5030   | - 118    | 48655,75          | 39090,18   |
| Schneider        | 4521           | 4520   | - 1      | 73584,24          | 84268,28   |
| Bergarbeiter     | 3613           | 3945   | + 332    | 4419,52           | —          |
| Büch. Eisenb.    | 8000           | 8000   | —        | —                 | —          |
| Tabakarbeiter    | 2050           | 2061   | + 11     | 13207,53          | 38756,63   |
| Graph. Berufe    | 1245           | 1673   | + 428    | 19938,53          | 18592,96   |
| Leinwand         | 1608           | 1490   | - 118    | 39225,25          | 39558,30   |
| Gemeindearbeit.  | 1270           | 1283   | + 13     | —                 | —          |
| Eisenb. Breslau  | 1837           | 1200   | - 637    | —                 | 1414,65    |
| Bauhandwerker    | 850            | 960    | + 110    | 7093,01           | 7595,92    |
| Frauen u. Mädch. | 672            | 730    | + 58     | 1273,05           | 1302,29    |
| Bildhauer        | 324            | 336    | + 12     | 5725,96           | 6637,52    |
| Bäder            | 79             | 257    | + 178    | 354               | 404,58     |
| Bauer            | 1024           | 2229   | + 1205   | 3313,81           | 11282,01   |
| Draht            | 1601           | 532    | - 1069   | 66716,48          | 78506,88   |
| Kaufleute        | 18585          | —      | - 18585  | 367190,83         | —          |
| Zusammen         | 122671         | 107743 | - 14928  | 1912571,84        | 1656227,19 |

Mit den Nebenstellen wollen die H.-D. Gewerkschaften nach ihren Angaben ein Vermögen von 4677189,48 Mk. besitzen. Das Eigentum des Gewerkschafts kann dieses Vermögen jedoch nicht angeprochen werden. Mit dem gleichen Recht könnten die christlichen Gewerkschaften auch die Bestände ihrer Nebenstellen, (z. B. unsere Krankenkassen-Zustufung) wie auch der Düsselberger und Offenbacher Krankenkasse als eigenes Vermögen buchen. Das wäre aber genau so wiederholend, wie die H.-D. Rechnungsbücher. — Als Holzarbeiter interessiert uns vor allem der Mitgliedererwerb von 289, den der H.-D. Gewerkschaft der Holzarbeiter erzielte.

Der freie Samstag-Nachmittag. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes hat sich in die Idee erinnert, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, an jedem Arbeitstage in die Erscheinung treten muß. Hierbei jeden Tag 10 Minuten weniger gearbeitet, als Samstags eine Stunde früher Feierabend! Ein solcher Standpunkt mag wohl konsequent sein, den tatsächlichen Verhältnissen und Wünschen der Arbeiterschaft entspricht es aber in sehr vielen Fällen nicht. Das müßte jüngst wieder in Stuttgart konstatiert werden. In der sozialdemokratischen „Tagwacht“, wurde seitens der sozialdemokratischen Verbände der Holzarbeiter und Maler über die Firma Auer, Karosseriewerk in Gammstadt, die Sperre verhängt. Am Tage darauf antwortete der Arbeiter-Ausschuß der genannten Firma mit folgender Erklärung:

Die dort (bei Auer) beschäftigte organisierte Arbeiterschaft protestiert entgegen dem begehren, daß diese Maßnahme ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen durchgesetzt wurde. Es ist unsere Überzeugung, daß die Firma den Vertrag nicht einhält. Die dort vorgenommene Veränderung der täglichen Arbeitszeit durch Einführung des freien Samstag-Nachmittags ist von der Arbeiterschaft nicht eingewilligt worden. Auf den Einspruch von den dort in der Arbeit kommenden Organisationsverbänden beschloß die Arbeiterschaft, vom 1. Oktober ab den Samstag-Nachmittag wieder haben zu lassen. Dem wurde von den Organisationsverbänden, welche die Mehrheit an Mitgliedern im Betrieb haben, nämlich die Tischler, Schneider und Sattlerorganisationen. Die Holzarbeiter und Maler zogen es vor, gegen ihre Mitglieder des Samstag-Nachmittags einzusetzen. Die Wagner und Lediger erklärten es als einen Gewaltakt, die Sperre zu verhängen, bevor die Zentralverbände die Sache untersucht hätten. Von 120 Arbeitern sind nur zwei vorhanden, die andere Bege gehen. Es ist aber erwünscht, daß ihnen die Einstellung angedroht wurde. Dem Firmeninhaber wurde ausdrücklich erklärt, daß, wenn die Mehrheit der Arbeiter die alte Einstellung wieder wünscht, dem nichts in den Weg gelegt würde. Für zwei Mann keine aber keine besondere Arbeitszeit eingeführt werden. Die Gewerkschaften bei Betrieb verlangen, daß diese Sperre wieder aufgehoben wird, die eine Ungerechtigkeit ist.

Die hierauf von den Gewerkschaftsvorständen erfolgte Antwort besagt zwar, daß die Arbeiterschaft der Firma Auer sich nicht an die tariflichen Abmachungen gehalten habe. Doch tut das hier nichts zur Sache. Es genügt, aus dem Vorkommnis die Lehre zu ziehen, daß man in bezug auf die Art der Verkürzung der Arbeitszeit keine doktrinen Forderungen erheben soll.

Rot — oder kein Brot! Man schreibt uns: Diese leider im Zunehmen begriffene „gendoffische“ Uebung mußten wieder drei in unserem Verband organisierte Goldleistenarbeiter in München erfahren. Zwei von diesen frugen in der Münchener Leistenfabrik in Passing um Arbeit an und wurden auch eingestellt. Als sie jedoch am nächsten Tage morgens die Arbeit aufnehmen wollten, wurden sie vom Werkmeister befragt, ob sie beim „freien“ Verband wären und als sie erklärten, christlich organisiert zu sein, sagte ihnen der Werkmeister, er könne sie nicht weiter beschäftigen, da sonst die Roten bis 9 Uhr vorstellig würden und es könnte darauf zum Aufruhr kommen. Dem dritten Arbeiter erging es nicht besser, er wurde von dem Werkmeister der Firma G. Wieden mittags mit der Bemerkung entlassen, wenn er nachmittags nochmal zu arbeiten anfänge, würden die „Freien“ die Arbeit niederlegen! Eine daraufhin stattgefundenen Besprechung unserer Kollegen Schwarzler mit der Passinger Firma bestätigte die traurige Tatsache, daß die Arbeitgeber lediglich aus Furcht vor dem roten Terror sich gezwungen fühlen, die christlich-organisierten Arbeiter wieder zu entlassen. Die roten Vergolber und Leistenarbeiter glauben ein Monopol auf Vermittlung der Arbeitskräfte zu haben und drohen gleich mit der Arbeitsniederlegung, wenn die Firma sich erlaubt, einen anderen, als sozialdemokratisch organisierten Arbeiter einzustellen. Dabei gingen die Freiheitsbrüder soweit, daß sie einen aus Lauterbach stammenden Arbeiter als Spion denunzierten, um ihn auf diese Weise aus der Arbeit zu bringen. Wohin soll die rote Tyrannie noch führen? Die Arbeitgeber fühlen sich bereits so abhängig, daß sie bereitwillig, wenn auch vielleicht mit innerem Knirschen in jede Gewalttat der Roten einwilligen. Es wäre an der Zeit, daß die zuständigen Stellen diesem elementarsten Recht des Arbeiters auf Arbeit den nötigen Schutz bieten. So können die Dinge nicht weitergehen.

Soweit die Zuschrift. Die Redaktion des „Holzarbeiter“ empfiehlt das wohl einzige wirksame Rezept: Bearbeitung des Arbeitgebers zur Standhaftigkeit; Abwarten bis die Terroristen ihren Plan ausführen; dann entweder die Gesellschaft dem Staatsanwalt überliefern, oder den Betrieb mit unseren Kollegen besetzen. Alles andere dürfte kaum etwas nützen. Wenn der Staatsanwalt (trotz der feststehenden Tatsachen) nicht eingreifen will, müssen die Fälle registriert und in den Parlamenten zur Sprache gebracht werden. Wer auf Gott vertraut und feste um sich hat, der wird ohne Zweifel am besten mit dem soziald. Terror-Gefächter fertig.

### Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Am Samstag, den 15. Juni fanden in Reddinghausen die Beisitzerwahlen zum städtischen Gewerbegericht statt. In die Wählerliste waren 505 Personen eingetragen, gegen 354 bei der Wahl 1910. Ihr Wahlrecht haben 313 Arbeitnehmer ausgeübt. Auf die christlich nationale Liste entfielen 185 Stimmen, auf die Liste der freien Gewerkschaften 125.

Einen sozial-wissenschaftlichen Ausbildungskursus für christlich-nationale Arbeiter veranstaltet wiederum die Freie kirchlich-soziale Konferenz in Bielefeld. Der Kursus beginnt am 11. August und dauert bis zum 11. September. Ausführliche Programme versendet das Generalsekretariat der Freien kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin N. W. 87, Eile Wardenbergstr. 23, wohin auch Anmeldungen zu richten sind.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe hielt anfangs Juni in Köln seine 10. Generalversammlung ab. Wie Herr Kahard dortselbst ausführte, zählt der Schutzverband 134 Bezirksverbände. Seine Mitglieder beschäftigen 61000 Arbeiter. Ueber die Tarifverhandlungen referierte Herr Drach-Dremsen. Es müsse, wie er anführt, manches anders und besser werden. Der Zusammenstoß müsse ein immer engerer auf der Grundlage

der Opferwilligkeit werden. In der Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß der Zentralvorstand von allen Bezugsverbänden mit Material über die Verhältnisse in den einzelnen Orten versehen werden müsse. Für die Tarifverhandlungen sei solches unentbehrlich. Gegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sprach sich namentlich Herr Schönborff-Düsselberg aus. Herr Dr. Reiner-Mannheim hielt einen Vortrag über die Stellungnahme der deutschen Holzindustrie zu den Handelsverträgen. Die instruktiven Ausführungen gipfelten in dem Hinweis, daß bei Abschluß der Handelsverträge dreierlei für die Holzindustrie wichtig sei. Wichtig 1) hinsichtlich der durch die Verträge bedingten Zoll-Erhöhungen und Zollrückverminderungen; 2) hinsichtlich der durch das Schutzollsystem bedingten Steigerung der Lebensmittelpreise und der dadurch erleichterten Stellung von Forderungen der Arbeiter; 3) hinsichtlich des Verkaufs der Artikel, besonders Massenartikel für den Konsum. Ueber die Frage der Maifeier kam die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes diesmal glatt hinweg. Im nächsten Jahre fällt der 1. Mai auf den Sonntag, Pfingsttag und können die „Genossen“ so nach Herzenslust feiern, ohne sich der Gefahr einer Aussperrung auszusetzen. Einer grundsätzlichen Stellungnahme zur Maifeier ging man auf der Arbeitsebertagung aus dem Wege. Wenn die Berichte in der Presse über die Tagung das Wesentlichste der Beratungen gebracht haben, so hat man nicht einmal Stellung zu der gewiß aktuellen Frage genommen, wie es mit der Arbeit der nichtsozialdemokratisch-organisierten Arbeiter am 1. Mai gehalten werden soll. Die weiteren Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, sind, soweit darüber verlautete, ohne besonderes Interesse. Die nächstjährige Generalversammlung soll in Leipzig stattfinden.

### Literarisches.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Joseph Kipper. (Soziale Tagesfragen Heft 39). gr. 8° (38) M. Gladbach 1912, Volkvereins-Verlag GmbH. 60 Pf. Inhalt: I. Der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. II. Die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“. III. Neuorganisation der sozialistischen Jugendbewegung. IV. Tätigkeit und Ziele der sozialistischen Jugendbewegung, beurteilt aus ihren Verbandsorganen. Mit zähem Eifer bemüht sich die Sozialdemokratie bereits seit Jahren, die heranwachsende Jugend in das sozialistische Lager hineinzuführen. Sie hat keine Schwierigkeiten gescheut, um ihrem Ziele, sei es auch auf den gewundensten Umwegen, näher zu kommen. Das Ziel schien ihr des Schweißes wert, denn mit Recht sagte sie sich: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Aber auch auf bürgerlicher Seite hat man den großen Zukunftswert unserer Jugend und ihre gefährliche Bedrohung erkannt. Überall bemüht man sich zurzeit um die Jugend, allenthalben werden Winke erteilt und Wege gewiesen. Bei dieser Arbeit um die Jugend ist es aber unbedingt vonnöten, vorher über den Werdegang und die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Jugendbewegung unterrichtet zu sein. Die Möglichkeit, sich hierüber kurz und treffend zu orientieren, bietet die vorliegende Schrift, welche eine bisher sehr vermehrte zusammenfassende Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung darstellt. Jeder Jugendfreund muß das Büchlein zu seinen Schriften zählen.

Das Völkerrecht. Eine Einführung für Nichtjuristen von Dr. Hans Wehberg. 8° (48) M. Gladbach 1912, Volkvereins-Verlag GmbH. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Im steigendem Maße spielt das Völkerrecht im Leben der Nationen untereinander eine bedeutende Rolle. Unumgänglich ist es daher für Staatsbürger, sich über Wesen und Wirkung dieses Rechtes, das sich im Gefandtschafts- und Konsularverkehr, im Abschluß internationaler Verträge und im allgemein von den Kulturstaaten anerkannten Kriegs- und Friedensrecht mehr und mehr regeln durchsetzt, zu belehren. Das vorliegende, mit Personen- und Sachregister ausgestattete, klar und leichtfaßlich gehaltene Heft der „Staatsbürger-Bibliothek“ entspricht dem Zweck der Selbstbelehrung aufs beste und ist deshalb aller Empfehlung wert.

### Briefkasten.

Die Adresse des Schreiners Johann Klein, geb. am 9. Januar 1888, eingetretten in den Verband zu Essen am 30. September 1911, wird gesucht. Die Meldung wird an die Geschäftsstelle des Verbandes erbeten.

### Sterbetafel.

Heinrich Mittrup, Tischler, gestorben zu Münster. Ruhe in Frieden!

### Anzeigen der Zahlstellen.

Zahlstelle Aachen. Unseren Kollegen zur Mitteilung, daß wir uns gendigt haben, unser Bezugslokal zu verlegen und zwar von „Kohlendiek“ Wälderstraße nach der Restauration „Zur Maus“ am Münsterplatz. Die Besprechungen finden statt an jedem 2. Dienstag im Monat, abends 8 1/4 Uhr und jeden 4. Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr im oberen Saale. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich Poststraße 56. Telefon Nr. 1533. Offene Stellen wolle man dortselbst sofort melden, damit dieselben mit unseren Kollegen besetzt werden können.

5 tüchtige Tischlergefallen auf bessere Möbel gesucht. Bernh. Leige, Siedlinghausen i. W.

Wir gebeten hier auf in Leipzig, Seeburgstraße 21 ein

### Christliches Gasthaus

in Leipzig, Seeburgstraße 21, 2, 3 und 4 Seiten im Preis von 75 Pf. bis 150 Pf. pro Bett. Schöne Zimmer mit Zentralheizung und elektrischem Licht angebracht. Große und herrliche Kellerräumlichkeiten. Brauerei und Bäckerei im Hause.

Wir erlauben uns, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam zu machen und sie zu bitten, dort speisieren, falls sie nach Leipzig kommen.

Der Verein für unsere Kollegen in Leipzig.

Eingelegte Feinwaren für Nähmaschinen, Schokolade und Süßwaren. Auftragsarbeiten in 20 Pf. in Süßwaren. Süßwaren-Handlungsgeschäft.

Carlstock, Bitter, Marquaten, Heidelberg, Theaterstraße 7.

### Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

#### TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöchentl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf., Geschäftsbuchführung, Wechselnde, Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., geometr. Verzwickte, Stil- u. Formal, Mat., Werkz., Maschinenkunde, Freischnitz., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRUEFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

Ein tüchtiger Feinweber und ein Tischler für polierte Bezüge sofort gesucht. Auch haben einige Bauerschreiner dauernde Beschäftigung.

G. Meiß, Holz- u. Möbelfabrik, Poststr. i. Bsp.

Zwei tüchtige Tischler für Holz- und Möbel gesucht. Dauernde Stellung.

Josef Jank, Meßing-Tischlerei, Kasselstr.